

SITZUNG

Sitzungstag:

11.04.2018

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender

Otto Rubly	
------------	--

Niederschriftführer

KVR Christian Flohr	
---------------------	--

SPD

Frank Aulenbacher	entschuldigt für TOP 1 und 2
Klaus Drumm	
Horst Flesch	
Frieder Haag	
Jürgen Kreischer	
Inge Lütz	
Ralf Nagel	
Erwin Reiber	
Gerd Rudolph	
Andrea Schneider	
Volker Zimmer	

CDU

Markus Bauer	
Sven Eckert	
Xaver Jung	entschuldigt für TOP 1 und 2
Pius Klein	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Dr. Leo Reiser	
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	
Josef Weis	

FWG

Herwart Dilly	
Hans Harth	
Olaf Radolak	
Helge Schwab	
Heinrich Steinhauer	entschuldigt für TOP 1 und 2
Helmut Weyrich	

Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Andreas Hartenfels	

FDP

Peter Jakob	
-------------	--

Die Linke

Stefan Krob	
-------------	--

Kreisbeigeordnete

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	
Kreisbeigeordneter Dr. Oliver Kusch	
Kreisbeigeordneter Hans Schlemmer	

Verwaltung

KA Christoph Dinges	
KVD Susanne Lenhard	
KVR Christine Löwe	
KVD Ulrike Nagel	
KVR Carsten Schnitzer	
RR Miriam Sommer	

Abwesend:

SPD

Matthias Bachmann	entschuldigt
Peter Koch	entschuldigt
Ute Lauer	entschuldigt
Dieter Schnitzer	entschuldigt

CDU

Katharina Marchetti	entschuldigt
---------------------	--------------

Bündnis 90/ Die Grünen

Dr. Wolfgang Frey	entschuldigt
-------------------	--------------

Parteilos

Patrick Hoffmann	entschuldigt
------------------	--------------

Tagesordnung

**der öffentlichen Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 11.04.2018, um
15:00 Uhr, im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG),
Gartenstraße 4, in Kusel**

1. Einwohnerfragestunde
2. Nachwahl von Ausschussmitgliedern
 - a) Kreisausschuss
 - b) Rechnungsprüfungsausschuss
 - c) Wirtschaftsbeirat
 - d) Aufsichtsrat IKOKU GmbH
3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2018
4. Entsorgungskonzept für Rest- und Bioabfälle – Biotonne
hier: Voraussetzungen für die Befreiung von der Biotonne
5. Informationen

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die 2. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 16. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 262. Sitzung nach dem Kriege. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ein Antrag der FWG-Fraktion zum Thema „Gemeindeschwester“ und zwei Anfragen der Fraktionen CDU und SPD lagen den Mitgliedern des Kreistages vor. Der Antrag der FWG Fraktion betreffe den Haushaltsplan und die spätere Ausführung. Der Vorsitzende schlug, im Einvernehmen mit der FWG-Fraktion, vor, diesen im Rahmen von Tagesordnungspunkt 3 und anschließend im Kreisausschuss zu behandeln.

Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung wurden nicht eingebracht. Im Anschluss konnte mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

Kreistags-Sitzung am 11.04.2018 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 32		
TOP: 1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende berichtete, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

Kreistags-Sitzung am 11.04.2018 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 29		
TOP: 2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 28	Dagegen 0	Enthaltung 0

Nachwahl von Ausschussmitgliedern

- a) Kreisausschuss**
- b) Rechnungsprüfungsausschuss**
- c) Wirtschaftsbeirat**
- d) Aufsichtsrat IKOKU GmbH**

Nach der Ernennung zum Kreisbeigeordneten verzichtete Herr Hans Schlemmer auf sein Kreistagsmandat. Damit schied er zugleich aus den Ausschüssen des Kreistages aus, in die er als Ratsmitglied gewählt wurde. Nicht davon betroffen sind die Ausschüsse, die sich sowohl aus Ratsmitgliedern als auch aus sonstigen wählbaren Bürgern zusammensetzen, soweit mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder Ratsmitglied ist. Die Sitze der Ausschüsse werden auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch den Kreistag gewählt.

Die Wahl erfolgt in öffentlicher Sitzung im Wege geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel, sofern der Kreistag nicht ausdrücklich etwas anderes beschließt (§ 33 Abs. 5 LKO).

a) Kreisausschuss

Wahlvorschlag:

Stellvertretendes Mitglied: Helmut Weyrich

b) Rechnungsprüfungsausschuss

Wahlvorschlag:

Mitglied: Helmut Weyrich

c) Wirtschaftsbeirat

Wahlvorschlag:

Stellvertretendes Mitglied: Helmut Weyrich

d) Aufsichtsrat IKOKU GmbH

Wahlvorschlag:

Mitglied: Helmut Weyrich

Die Wahlvorschläge lagen den Mitgliedern des Kreistages vor.

Der Kreistag stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden die Wahl per Akklamation und en bloc durchzuführen einstimmig zu (Abstimmungsergebnis: Dafür: 28, Dagegen: 0, Enthaltung: 0).

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den in der Beschlussvorlage aufgeführten Wahlvorschlägen zu.

Kreistags-Sitzung am 11.04.2018 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 32		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 32	Dagegen 0	Enthaltung 0

Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2018

Der Vorsitzende führte zu Beginn seiner Rede aus, dass die Haushaltsberatungen in diesem Jahr besonders interessant für ihn gewesen seien. Im Vergleich zu den Jahren zuvor habe er das Zahlenwerk nicht mehr aus der Perspektive eines Kreistagsmitgliedes oder Fraktionsvorsitzenden, sondern aus der Sicht desjenigen betrachtet, der einen Entwurf zur Beratung und Beschlussfassung habe vorlegen müssen.

Der Haushaltsplan 2018 weise mit 13.290.521 Euro einen Fehlbetrag aus, der rund eine Mio. Euro unter dem geplanten Fehlbetrag des Vorjahres liege. Dieses Ergebnis erhalte man, wenn man die Ertragsseite (118.551.917 Euro) den Aufwendungen in Höhe von 130.745.188 Euro gegenüberstelle.

Aufgrund gestiegener Umlagegrundlagen seien Ergebnisverbesserungen aus der Kreisumlage in Höhe von 1,8 Mio. Euro zu erwarten. Durch die geplante Erhöhung der Umlage auf 43 % im Jahr 2019 werde der Landkreis dann in den Folgejahren den Landesdurchschnitt sogar möglicherweise überschreiten, da andere Landkreise mit ausgeglichenen Haushalten teilweise in der Lage seien, die Kreisumlage zu senken.

Höhere Zuwendungen und weitere kleinere Ertragspositionen seien ebenfalls ergebnisverbessernd. Für die Folgejahre seien jedoch die geplanten Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes und den damit einhergehenden Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen zu beachten, welche die Landkreise insgesamt schlechter stellen, als bisher.

Rückstellungen, tarifliche Steigerungen, Mehraufwendungen im Bereich des Jugendamtes und das Defizit der Abfallwirtschaftseinrichtung seien ursächlich für die Verschlechterungen im Vergleich zum Vorjahr. Der Stellenplan weise aufgrund von geplanten Stellenbesetzungen wegen der Inanspruchnahme von Altersteilzeit oder Arbeitsplatzwechseln eine Mehrung von fünf Stellen aus unterschiedlichen Bereichen aus. Inklusive der Lohn- und Besoldungserhöhungen sowie der geplanten Beförderungen bedeute das eine Kostensteigerung um 6,43 % auf 21,5 Mio. Euro.

Im Bereich der sozialen Sicherung, die fast 63 % des gesamten Haushaltsvolumens in Anspruch nehmen und mit einem Fehlbetrag von 32,9 Mio. Euro rechnen, beabsichtige der Landkreis einen zusätzlichen Mitarbeiter oder eine zusätzliche Mitarbeiterin als „Gemeindegemeinschaftswester“ einzustellen.

Investitionsauszahlungen für Kreisstraßen in Höhe von 2,3 Mio. Euro, für das Breitbandprojekt in Höhe von 500.000 Euro, an Kindertagesstätten, etc. seien gleichermaßen vorgesehen, wie die Abschlussfinanzierung des Schwesternwohnheimes in Reipoltskirchen. Nicht zuletzt sei der barrierefreie Ausbau der Burg Lichtenberg zu finanzieren. Aufgrund gestiegener Preise und vollen Auftragsbüchern seien allerdings zuvor Gespräche mit den Zuschussgebern notwendig, um sicherzustellen, dass der Kreisanteil nicht unerwartet höher werde als geplant.

Als finanziellen Beitrag des Landkreises zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung seien vorsorglich 50.000 Euro bereitgestellt worden.

Alles in allem unterscheidet sich der Haushaltsplan nicht wesentlich von den Werken der Vorjahre. Breitbandausbau, Gemeindegemeinschaftswester, ärztliche Versorgung, Zuschüsse zum Vitalbad

und viele weitere Leistungen seien wichtig, um den sinkenden Einwohnerzahlen entgegenzuwirken und die Wirtschaft zu fördern. Er bedankte sich bei den Fraktionsvorsitzenden, den Beigeordneten und den Mitarbeitern der Verwaltung und bat die Kreistagsmitglieder um breite Zustimmung zum Haushaltsplan für das Jahr 2018.

Frau Andrea Schneider (SPD) beschrieb zunächst die geringen Spielräume des Landkreises bei der Aufstellung des Haushaltsplanes. Auch im Haushaltsjahr 2018 seien Kreditaufnahmen unerlässlich und ein höherer Schuldenabbau als in den Vorjahren unwahrscheinlich. Seit 2013 haben die sparsame Haushaltsführung und das vorausschauende Handeln der Verwaltungsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu einem deutlich besseren Jahresergebnis geführt, als es bei der Planung zu erwarten gewesen sei. Leicht steigende Erträge, insbesondere aus der Kreisumlage, stünden steigende Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung entgegen.

Arbeitnehmer nach Firmenschließungen oder ältere Menschen, deren Rente nicht ausreicht, seien oft gezwungen zusätzliche Leistungen zu beantragen, um ihren Lebensunterhalt sicherzustellen oder die benötigte Pflege zu finanzieren.

Frau Schneider begrüßte ausdrücklich die geplanten Investitionen in den Bereichen der Kreisstraßen sowie der Sanierung des Vitalbades. Besonders wichtig seien jedoch die geplanten Investitionen in den Breitbandausbau und zur Stärkung der touristischen Angebote. So biete das Schwesternwohnheim im Reipoltskirchen bald zusätzliche und dringend benötigte Übernachtungsmöglichkeiten.

Insbesondere um Wettbewerbsnachteile für Firmen auszuschließen, seien die vorgesehenen Investitionen in den Breitbandausbau sehr wichtig.

Zusammenfassend führte Frau Schneider aus, dass der Haushaltsplan des Jahres 2018 trotz der klammen Haushaltssituation wichtige Investitionen enthalte und vorausschauend erstellt sei. Sie dankte den Mitarbeitern der Verwaltung und erklärte, dass die SPD-Fraktion der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2018 zustimmen werde.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Christoph Lothschütz, visualisierte den fortschreitenden Einwohnerverlust anhand von zwei bis drei kleineren Ortschaften, die –bildlich gesprochen– innerhalb der letzten Jahre von der Landkarte verschwunden seien.

Die Haushaltsrede falle ihm seit Jahren schwer, da die Haushaltssituation, außer der Erfüllung von Pflichtaufgaben, wenig zulasse und die vordringlichste Aufgabe die Erfüllung des laufenden Geschäftes sei. Und selbst das sei seit Jahren nicht möglich, ohne das Girokonto, das aktuell ein Minus von 176 Mio. Euro aufweise, zu überziehen. Die Aufnahme solcher Summen zur Sicherstellung der Liquidität halte er für ebenso bedenklich, wie den erwarteten Fehlbetrag im Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 13,2 Mio. Euro. Bei Ausgaben von 82 Mio. Euro bzw. 63 % des gesamten Haushaltsvolumens alleine für die soziale Sicherung, habe er bereits in den Jahren zuvor für die Einrichtung von Kennzahlen, Organisationuntersuchungen und eines Controllings geworben, um einen Vergleich mit anderen Kommunen zu ermöglichen.

Die CDU-Fraktion bewerte die Bereitstellung der Mittel zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung, die geplante Anpassung der Personalkostenerstattung der Verbandsgemeinden für die Außenstellen der KFZ-Zulassungsstellen, die gestiegenen Steuerkraftmessen und nicht zuletzt die Investitionen in den Breitbandausbau durchweg positiv. Die Verbesserung der Breitbandversorgung sei sowohl für die Bürgerinnen und Bürger, als auch für die Gewerbebetriebe und auch die Schulen im Landkreis sehr wichtig. Dank hoher Förderquoten sei der vom Landkreis zu leistende Anteil gering. Auch die Förderprogramme KI 3.0 und KI 3.2 seien eine große Hilfe für den Landkreis um beispielsweise das Vitalbadprojekt durchführen oder Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge herstellen zu können. Auch die Entscheidung das Schwesternwohnheim im Investitionshaushalt zu veranschlagen, halte er für richtig, da es sich quasi um einen Neubau handle. Bezüglich der Fertigstellung und auch der späteren Nutzung verwies er auf seine Aussagen aus der Haushaltsrede des Vorjahres und betonte

nochmals, dass man sich situationsabhängig Gedanken machen müsse, was man mit der Immobilie vor habe.

Schließlich dankte er der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes und signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Nach einigen einleitenden Worten ging Herr Helge Schwab, Fraktionsvorsitzender der FWG-Fraktion, auf die Entwicklung des negativen Eigenkapitals ein. Mit einem erwarteten Defizit von 14,7 Mio. Euro sei erneut eine deutliche Steigerung gegenüber den Abschlüssen der Vorjahre zu erkennen. Alleine der Nettoaufwand der sozialen Sicherung, also der Kostenanteil der sozialen Sicherung, den der Landkreis aus eigenen Mitteln aufgrund von Versprechungen der Bundesregierung zuschießen müsse, betrage fast 39 Mio. Euro. Anhand eines Beispiels wies er diesbezüglich nochmals auf das „Konnexitätsprinzip“ hin.

Die Mehrerträge aus der Kreisumlage, die an sich zu Lasten der kreisangehörigen Gemeinden gingen, seien gerade ausreichend, um die Personalkostenmehrungen auszugleichen.

Eine wirkliche Hilfe seien tolle Förderprogramme mit Förderquoten von bis zu 90 % auch nicht, wenn man nicht in der Lage sei, den 10 %-igen Eigenanteil zu finanzieren. Um die eigene Daseinsvorsorge nicht weiter zu Lasten der zukünftigen Generationen zu gestalten, sei es wichtig, im Landkreis Arbeitsplätze sowie arbeitsfähige Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten. Jeder, der günstige Konsumartikel im Internet bestelle, brauche sich nicht wundern, wenn Arbeitsplätze in der Region abgebaut werden müssen. Aber auch die Verwaltung sei gefordert eingefahrene Strukturen zu verbessern und dadurch Kosten zu senken. Nicht frequentierte Buslinien, „schöngerechnete“ Baumaßnahmen oder ungünstige Vertragsabschlüsse sollten angesichts der Belastungen für die künftigen Generationen überprüft werden.

Aber auch an die Seniorinnen und Senioren müsse gedacht werden. Speziell zu Gunsten dieser Personengruppe sei es im Haushaltsplan 2018 erstmals gelungen, Mittel für das Projekt „Gemeindeschwester“ einzustellen.

In der Hoffnung bei der Ausführung des Haushaltsplanes erneut Verbesserungen erzielen zu können, werde auch die FWG-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

Herr Andreas Hartenfels, Fraktionsvorsitzender Bündnis90/Die Grünen, ging zunächst kurz auf die „desaströse“ Haushaltssituation ein und sagte, dass es sich lohne „genauer hinzuschauen“ und Perspektiven anzusprechen. Bei einer pro Kopf Verschuldung von 7.000 Euro liege man dramatisch über dem Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Landkreise. Die stabile wirtschaftliche Situation werde dazu führen, dass weitere Landkreise schwarze Zahlen schreiben und die positive Dynamik zu ihren Gunsten nutzen. Nur leider der Landkreis Kusel nicht. Man könne auch nicht sagen, dass liege an der Struktur, denn andere strukturähnliche Landkreise seien pro Kopf deutlich geringer verschuldet.

Perspektivisch müsse aufgrund des Bevölkerungsrückganges seit der Jahrtausendwende um rund 10.000 Einwohner und weiterer negativer Prognosen insbesondere beim Verwaltungspersonal eingespart werden, da weniger Menschen zu versorgen seien. Kennzahlen zufolge habe die Kreisverwaltung Kusel 53 Vollzeitstellen je 10.000 Einwohner. Der Landesdurchschnitt betrage hingegen nur 33 Stellen. Dazu appellierte er an die Verwaltung, diese Zahlen zu prüfen und sich gegebenenfalls schlanker aufzustellen.

Möglichkeiten an Effizienz zu gewinnen sehe er durch die geplanten Gebietsreformen auf Landkreisebene. Da der Landkreis Kusel so nicht „lebensfähig“ sei, sprach er sich für eine aktive Vorgehensweise, nach dem Beispiel der Verbandsgemeinde Oberes Glantal aus.

Aufgrund des vorhandenen Potentials, wie zum Beispiel der guten Infrastruktur oder der geographischen Lage im Zentrum Europas, sehe er Möglichkeiten zur Gewerbeansiedlung. Darüber hinaus sollen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung auch die vorhandenen Betriebe „gepflegt“ werden.

Abschließend betonte er die positive Vorgehensweise des neuen Landrates bei der Aufstellung des Haushaltsplanes, welche ihn für zukünftige Entscheidungen optimistisch stimme. Seine Fraktion werde dem Haushaltsplan 2018 daher zustimmen.

Herr Peter Jakob (FDP) sagte, dass die Kommunen Bundes- und Landesgesetze ausführen müssen, die Finanzierung dafür jedoch nicht ausreichend sei. Während das Land im vergangenen Haushaltsjahr beispielsweise ein Milliarde Schulden habe abbauen können, wachse der Schuldenberg des Landkreises Kusel weiter. Er forderte alle politisch Aktiven auf, an den entsprechenden Stellen für eine bessere Finanzausstattung zu streiten. Den Mitarbeitern der Kreisverwaltung dankte er für eine sparsame Mittelbewirtschaftung und ermunterte diese aktiv mitzuteilen, wenn man irgendwo Geld sparen könne.

Die vorgesehenen Investitionen zur Verbesserung der Straßen und für den Breitbandausbau halte er für elementar. Er werde der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2018 zustimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Landkreises Kusel für das Haushaltsjahr 2018 wie von der Verwaltung vorgelegt.

Kreistags-Sitzung am 11.04.2018 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 32		
TOP: 4	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 32	Dagegen 0	Enthaltung 0

Entsorgungskonzept für Rest- und Bioabfälle – Biotonne
hier: Voraussetzungen für die Befreiung von der Biotonne

Das von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit TIM CONSULT, Mannheim, erarbeitete Entsorgungskonzept für Rest- und Bioabfälle wurde in den Sitzungen des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss am 09.01.2018, des Kreisausschusses am 22.01.2018 sowie des Kreistages am 07.02.2018 beschlossen. In diesen Sitzungen wurden u.a. die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Biotonne diskutiert.

Nach § 17 Abs. 1 i.V.m. § 7 Abs. 3 Kreislaufwirtschaftsgesetz sind Bioabfälle nicht überlassungspflichtig, wenn der Erzeuger diese auf Grundstücken, die er im Rahmen seiner privaten Lebensführung nutzt, ordnungsgemäß und schadlos verwertet. Die Eigenverwertung darf dabei nicht zu einer Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, z.B. durch Ungezieferbefall oder Geruchsbelästigungen für die Nachbarschaft, führen. Problematisch sind in diesem Zusammenhang insbesondere Fisch- und Fleischreste.

Vor diesem Hintergrund soll eine Befreiung von der Biotonne nur möglich sein, wenn der Erzeuger oder Besitzer von Bioabfällen aus privaten Haushaltungen nachweist, dass er Bioabfälle selbst auf einem von ihm im Rahmen seiner privaten Lebensführung genutzten Grundstück ordnungsgemäß und schadlos verwertet (Eigenverwertung). Eine Verwertung von Bioabfällen auf seinem Grundstück setzt voraus, dass

- eine fachgerechte Eigenkompostierung betrieben wird,
- alle auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle -soweit diese nicht auf den Grünschnittsammelstellen des Landkreises entsorgt werden können- dieser Eigenkompostierung zugeführt werden,
- eine Gartenfläche (Rasenfläche, Fläche mit Obst- und Gemüseanbau, o.ä.) von mindestens 40 m² je Person im Haushalt zur Verfügung steht,
- der selbstproduzierte Kompost zweckentsprechend und vollständig auf dem Grundstück verwendet wird und
- das Vorhandensein eines Thermokomposters mit in Rotte befindlichem Material nachgewiesen wird.

Die im Antrag gemachten Angaben sollen durch Vor-Ort-Kontrollen überprüft werden. Diese Verfahrensweise soll dazu beitragen, eine möglichst hohe Anschlussquote zu erreichen.

Eine Aufstellung darüber, welche Abfälle über die Restmüll- bzw. Bioabfalltonne entsorgt werden müssen, ist als Anlage 1 beigefügt.

Nachdem der Vorsitzende die Befreiungsvoraussetzungen erläuterte, ging Herr Helge Schwab (FWG) nochmals auf die „Windelproblematik“ ein. Er schlug vor, im 4-Wochen-Rhythmus zusätzliche Touren mit Kleintransportern anzubieten, um eine 14-Tägige Abfuhr der Windeln gewährleisten zu können und bat die Verwaltung um Prüfung des Vorschlages. Anschließend wurde über die Befreiungsvoraussetzungen abgestimmt.

Beschluss:

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses beschließt der Kreistag die von der Verwaltung erarbeiteten Voraussetzungen für eine Befreiung von der Biotonne sowie die vorgelegte Aufstellung über die Entsorgung der Rest- und Bioabfälle (vgl. Anlage 1).

Kreistags-Sitzung am 11.04.2018 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 32		
TOP: 5	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Informationen

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende im Wesentlichen über folgende Punkte:

- **Antrag und Anfragen**

Der Vorsitzende erklärte, dass die FWG-Fraktion einen Antrag zum Thema Gemeindegewerke, die CDU-Fraktion eine Anfrage zum Polizeibeirat und die SPD-Fraktion eine Anfrage zum Thema Störstofferkennung im Bioabfall eingereicht habe. Der Antrag und die Anfragen mit den Antworten lagen den Mitgliedern des Kreistages vor. Die FWG-Fraktion stimmte der Beratung und Beschlussfassung zu ihrem Antrag im Kreisausschuss zu.

- **Jahresrückblick 2017 der IKOKU GmbH liegt vor**

- **Anmietung weiterer Büroräume in der ehemaligen Tuchfabrik geplant**

- **Ernennung Frau Miriam Sommer zur leitenden staatlichen Beamtin**

Der Vorsitzende berichtete, dass Frau Miriam Sommer seit dem 01.04.2018 leitende staatliche Beamtin der Kreisverwaltung Kusel sei.

- **Nächste Sitzung des Kreistages am 20.06.2018**

- **Nächste Sitzung des Kreisausschusses am 07.05.2018**

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Informationen des Vorsitzenden zur Kenntnis. Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgebrachten Informationen wurden nicht erhoben.

Die Sitzung begann um 15:00 Uhr und endete gegen 16:30 Uhr.

Geschlossen:

Der Vorsitzende:
gez.
(Otto Rubly)
Landrat

Der Schriftführer:
gez.
(Christian Flohr)
Kreisverwaltungsrat